

Ein Funken Hoffnung

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 297 vom 21. Dezember 2022

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 297 vom 21. Dezember 2022, S. 8,
unter dem Titel:

"Ein Funken Hoffnung. Trotz Krieg und Inflation scheint
der Tiefpunkt der Stimmung überschritten."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Ergebnisse der Allensbacher Neujahrsfrage 2020 - 2022
	A	2	Erleben wir gerade eine Zeitenwende? Vergleich zum September 2001
	A	3	Zeitenwende - im Verhältnis zu Russland, bei der Energieversorgung, bei der Ausstattung der Bundeswehr?
	A	4	Rückblick auf das vergangene Jahr
	A	5	Was die Menschen in Deutschland vor allem beunruhigt
	A	6	Ausblick

	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
--	---	---	--

Schaubild	1	Sorgen
	2	Belastung durch die Preissteigerungen
	3	Ein gutes Jahr?
	4	Bieten die Verhältnisse Anlass zur Beunruhigung?
	5	Wie Deutschland mit der Krise zurechtkommt

Originalmanuskript

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Ein Funken Hoffnung

Vor einem Jahr, im Dezember 2021, war die Stimmung in Deutschland verhalten. Nach fast zwei Jahren dominierte noch immer das Thema Corona die öffentliche Diskussion. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wurden zum Jahresende wieder verschärft, zu Silvester wurde das Böllern verboten.

Auch die Wirtschaftslage machte vielen Bürgern Sorgen: Die Inflationsrate war, wie das Statistische Bundesamt wenig später, Anfang Januar 2022, bestätigte, im Dezember auf 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, der höchste Wert seit Langem. Im Jahresdurchschnitt lag sie bei 3,2 Prozent. Zuletzt war sie 1993 höher gewesen. Vor allem die Preise für Benzin und Gas hatten sich deutlich erhöht.

So war es nicht überraschend, dass viele Bürger mit Unbehagen ins neue Jahr schauten. Der

Anteil derjenigen, die in der Dezember-Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach sagten, sie sähen dem kommenden Jahr mit Hoffnungen entgegen, lag bei 40 Prozent der Bevölkerung, gerade ein Prozentpunkt mehr als im Vorjahr, im Langzeitvergleich ein niedriger Wert.

Tabelle A 1

Und doch schien sich die Lage allmählich zu normalisieren. Die Coronapandemie verlor trotz der akuten Infektionswelle langsam, aber sicher ihren Schrecken. Es gab Platz auch für andere Themen, etwa die neue Bundesregierung. Der Monatsartikel des Instituts für Demoskopie Allensbach in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beschäftigte sich mit dem Thema Religiosität. Wohl nur die wenigsten hätten sich damals vorstellen können, dass nur ein paar Wochen später in Europa ein Krieg ausbrechen würde, dessen Folgen die Sorgen der Monate davor als vergleichsweise klein erscheinen lassen würden.

Bundeskanzler Scholz sprach nach Kriegsausbruch im Bundestag von einer „Zeitenwende“, und heute, zehn Monate später, ist deutlich erkennbar, dass die Bevölkerung das Jahr 2022 tatsächlich als Einschnitt empfindet. Dies zeigen die Ergebnisse der

aktuellen Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag dieser Zeitung. So antworteten auf die Frage, ob sie dem Bundeskanzler zustimmen würden, ob sie auch sagen würden, „dass der Ukraine-Krieg in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende bedeutet“, 57 Prozent der Befragten, ihrer Ansicht nach bedeute der Krieg eine Zeitenwende. Nur 27 Prozent hielten die Bezeichnung für übertrieben. Zum Vergleich: Im Dezember 2001 hatten bei einer ähnlich formulierten Frage 41 Prozent die Anschläge vom 11. September des Jahres auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington als „Zeitenwende“ bezeichnet. Ebenso viele Befragte hatten ausdrücklich widersprochen.

Tabelle A 2

Auf die konkrete Nachfrage, ob es im Verhältnis zu Russland eine Zeitenwende gegeben habe, antworteten in der aktuellen Umfrage sogar 67 Prozent der Befragten mit „Ja“. Dass es mit Blick auf die Energieversorgung eine Zeitenwende gibt, glaubten 66 Prozent. Bei der Frage, ob es auch in Bezug auf die Ausstattung der Bundeswehr eine Zeitenwende gibt, zeigten sich die Befragten dagegen unsicher. 34 Prozent glaubten eine Zeitenwende zu erkennen, nahezu gleich viele 36 Prozent verneinten dies.

Tabelle A 3

Ein auffällig hoher Anteil von 30 Prozent äußerte sich unentschieden. Wenn es um die allgemeine Einordnung der historischen Situation geht, fällt das Urteil der Bevölkerung also recht eindeutig aus. Bei der Frage, ob die Regierung auch die konkreten Konsequenzen daraus zieht, dagegen nicht.

Der größte Anlass zur Sorge ist für die Bürger die Inflation. Bereits im August dieses Jahres hatten 83 Prozent der Befragten gesagt, dass sie sich deswegen große Sorgen machten. Eine Mehrheit von 51 Prozent sagte in derselben Umfrage, sie mache sich große Sorgen, dass sie ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen könne. Im Dezember sagten nun fast zwei Drittel, 66 Prozent, die Preissteigerungen belasteten sie sehr stark oder stark. In dieser Lage ist es nicht verwunderlich, dass die Jahresbilanz der Mehrheit in der Bevölkerung negativ ausfällt. 61 Prozent stimmten im Dezember 2022 der Aussage zu: „Wenn man mal an die aktuellen Krisen und Probleme denkt, war das vergangene Jahr 2022 das schlimmste Jahr seit Langem.“ Nur 28 Prozent widersprachen.

Schaubild 1

Schaubild 2

Tabelle A 4

Nur etwas weniger negativ fällt die persönliche Bilanz der Bürger aus. Auf die Frage „Würden Sie sagen, das vergangene Jahr 2022 war für Sie persönlich ein gutes Jahr, oder war 2022 für Sie

kein gutes Jahr?“ antworteten immerhin 38 Prozent, für sie persönlich sei das Jahr gut gewesen. Fast gleich viele, 34 Prozent, sagten, das Jahr sei für sie nicht gut gewesen. Auch hier zeigt sich die Aussagekraft des Ergebnisses erst im Vergleich mit einem früheren Resultat: Mit Blick auf das Jahr 2012, als die Frage in dieser Form zuletzt gestellt wurde, hatten 53 Prozent der Befragten angegeben, dass das vorangegangene Jahr 2012 für sie ein gutes Jahr gewesen sei.

Schaubild 3

Sehr deutlich wird bei dieser Frage, welchen Anteil die Sorge vor der Inflation an der Gesamtstimmung hat: Befragte, die sagten, dass sie persönlich die Inflation weniger, kaum oder gar nicht belaste, gaben zu 60 Prozent an, dass dieses Jahr für sie ein gutes Jahr gewesen sei. Von denen, die die Inflation nach eigenen Angaben sehr stark oder stark belastet, gaben nur 27 Prozent diese Antwort.

Schaubild 3

Doch eben beim Thema Inflation zeigt sich auch, dass der Tiefpunkt der Stimmung im Land vielleicht inzwischen überschritten sein könnte. Im Oktober dieses Jahres hatten noch 71 Prozent der Befragten angegeben, dass sie die Inflation sehr stark oder stark belaste, immerhin fünf Prozentpunkte mehr als aktuell.

Schaubild 2

Auch die Einschätzung der allgemeinen Lage scheint sich wieder ein wenig aufzuhellen. Eine Frage lautete: „Finden Sie, dass die Verhältnisse in Deutschland heute Anlass zur Beunruhigung bieten, oder finden Sie das nicht?“ Zum ersten Mal wurde diese Frage im Jahr 1996 gestellt. Damals fanden 73 Prozent in der Bevölkerung, dass die Verhältnisse Anlass zur Beunruhigung böten. 2010 war der Wert auf 51 Prozent gesunken. Im Zuge der Corona-Krise stieg er 2021 auf 65 Prozent. Im Oktober dieses Jahres erreichte er dann mit 80 Prozent seinen bisherigen Höchststand. Aktuell ist er auf „nur“ noch 73 Prozent und damit ungefähr auf das Niveau des Jahres 1996 zurückgefallen.

Schaubild 4

Fragt man konkret nach, was es denn sei, was den Anlass zur Beunruhigung bietet, so nennen die Befragten in erster Linie die steigenden Preise. 36 Prozent gaben spontan – ohne, dass ihnen Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgelegt worden waren – diesen Punkt an. An zweiter Stelle, spontan genannt von 25 Prozent, folgte der Krieg in der Ukraine. Danach folgten mit zehn bzw. neun Prozent die Angst um Engpässe in der Energieversorgung und das Thema Einwanderung. Alle anderen Antworten spielten kaum eine Rolle. Auch Themen, die intensiv in den Medien diskutiert werden, wurden nur von sehr wenigen Befragten

Tabelle A 5

genannt So sagten gerade fünf Prozent, die Kriminalität sei der Grund für ihre Sorgen, ebenfalls fünf Prozent verwiesen auf den Klimawandel, vier Prozent auf das Thema politische Radikalisierung. An diesen Ergebnissen wird deutlich, wie weit viele Debatten in den Medien an den tatsächlichen Interessen und Sorgen der Bevölkerung vorbeilaufen.

Die Wahrnehmung der derzeitigen Krise scheint zwei Dimensionen zu haben: Zum einen ist sie, wie beschrieben, geprägt von der Sorge um den Frieden und die eigene finanzielle Lage. Doch damit geht anscheinend auch ein geschärftes Bewusstsein für den eigenen Wohlstand und den Wert einer freien Gesellschaft einher. 58 Prozent der Befragten stimmten im Dezember der Aussage zu: „Trotz aller Schwierigkeiten schlägt sich Deutschland inmitten der Krise doch recht gut.“ Nur 24 Prozent widersprachen. Dabei vertraten nicht nur die Anhänger der Regierungsparteien mehrheitlich diese Position, sondern auch die der CDU/CSU. Die Anhänger der Linken zeigten sich gespalten. Lediglich die AfD-Anhänger gaben mit einer klaren Mehrheit von 60 zu 28 Prozent zu Protokoll, dass sie nicht der Ansicht seien, dass sich Deutschland in der Krise gut schlage.

Schaubild 5

Bei einer anderen Frage wurden etwas längere Aussagen zur aktuellen Situation und zum kommenden Jahr vorgelegt, mit der Bitte, alle auszusuchen, denen man zustimmt. Hier wurden, passend zur allgemeinen Stimmung, pessimistische Aussagen am häufigsten ausgewählt: 72 Prozent sagten, sie rechneten damit, dass die Preise weiter steigen. 68 Prozent wählten den Punkt „Ich befürchte, dass es nächstes Jahr auf der Welt mindestens genauso gewalttätig weitergeht“ aus. 63 Prozent sagten „Ich erwarte ein finanziell hartes Jahr 2023, wir werden den Gürtel enger schnallen müssen.“

Tabelle A 6

Doch nicht viel weniger Zustimmung erhielten auch zwei Aussagen, die einen ganz anderen Tonfall anstimmten: 57 Prozent der Befragten wählten den Punkt „Das Gute an den aktuellen Krisen ist, dass uns in Deutschland mal wieder vor Augen geführt wurde, dass Freiheit und Wohlstand nicht selbstverständlich sind.“ Noch etwas mehr, 59 Prozent, entschieden sich für die Aussage „Man muss dankbar dafür sein, dass es uns in Deutschland trotz der Krisen noch so gut geht“. Beiden Aussagen stimmte immerhin auch die Hälfte derjenigen zu, die sagten, dass sie selbst durch die Inflation sehr stark oder stark belastet seien.

Und die Zukunftshoffnungen? Im letzten Jahr lagen sie, wie beschrieben, auf einem niedrigen, aber noch nicht ungewöhnlich niedrigem Niveau. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine fiel der Anteil derer, die sagten, sie sähen den folgenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen, auf 19 Prozent und damit auf einen historischen Tiefststand. Der bis dahin niedrigste Wert von 27 Prozent war Ende 1950 unter dem Eindruck des Korea-Krieges gemessen worden. Im Oktober dieses Jahres äußerten sich sogar nur 16 Prozent der Deutschen hoffnungsvoll. Doch schon einen Monat später, im November, nahen immerhin schon wieder 30 Prozent diese Angabe. Das sind zwar immer noch deutlich weniger als vor einem Jahr, aber man bekommt den Eindruck, dass die Talsohle – zumindest psychologisch – durchschritten ist.

Die Sorgen sind dennoch nach wie vor groß. Die Inflation belastet den Alltag, die Kriegsängste sind nicht gewichen. Aber bisher sind die Heizungen nicht kalt geblieben, und der eine oder andere scheint zu dem Schluss zu kommen, dass er mit der Lage vielleicht doch etwas besser zurechtkommen wird, als noch vor zwei, drei Monaten befürchtet. Es ist dunkel, dunkler als im vergangenen Jahr, aber am Horizont scheint sich für manche ein

Tabelle A 1

Silberstreif abzuzeichnen. Rechtzeitig zu
Weihnachten ein Funken Hoffnung.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1035
Befragungszeitraum:	2.12. bis 15.12.2022
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

FRAGE: "Sehen Sie dem neuen Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen
entgegen?"

	Bevölkerung insgesamt		
	2020	2021	2022
	%	%	%
Mit Hoffnungen.....	39	40	28
Mit Befürchtungen.....	29	24	34
Mit Skepsis.....	26	28	30
Unentschieden.....	$\frac{6}{100}$	$\frac{8}{100}$	$\frac{8}{100}$

Erleben wir gerade eine Zeitenwende?
Vergleich zum September 2001

Tabelle A 2
 Bundesrepublik Deutschland
 Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Bundeskanzler Scholz hat im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg von einer ‚Zeitenwende‘ gesprochen. Würden Sie da zustimmen, würden Sie also auch sagen, dass der Ukraine-Krieg in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende bedeutet, oder halten Sie das für übertrieben?"

2022	Bevölkerung insgesamt
	%
Würde zustimmen	57
Halte das für übertrieben.....	27
Unentschieden	<u>16</u>
	100

FRAGE: "Nach dem 11. September wurde viel von einer Zeitenwende gesprochen. Wie sehen Sie das: Erleben wir eine Zeitenwende, oder sehen Sie das nicht als Zeitenwende?"

2001	Bevölkerung insgesamt
	%
Erleben Zeitenwende	41
Keine Zeitenwende	41
Unentschieden	<u>18</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7015, 12065

Zeitenwende - im Verhältnis zu Russland, bei der Energieversorgung, bei der Ausstattung der Bundeswehr?

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hat es Ihrer Meinung nach im **Verhältnis zu Russland** eine Zeitenwende gegeben, oder würden Sie das nicht sagen?"

	Bevölkerung insgesamt %
Zeitenwende.....	67
Würde ich nicht sagen.....	18
Unentschieden	<u>15</u>
	100

FRAGE: "Wie sehen Sie das für die Energiepolitik bzw. die **Energieversorgung**: Hat es Ihrer Meinung nach hier eine Zeitenwende gegeben, oder würden Sie das nicht sagen?"

	Bevölkerung insgesamt %
Zeitenwende.....	66
Würde ich nicht sagen.....	18
Unentschieden	<u>16</u>
	100

FRAGE: "Wie ist es schließlich mit der **Ausstattung der Bundeswehr**: Gab es hier eine Zeitenwende, oder würden Sie das nicht sagen?"

	Bevölkerung insgesamt %
Zeitenwende.....	34
Würde ich nicht sagen.....	36
Unentschieden	<u>30</u>
	100

Rückblick auf das vergangene Jahr

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: ‚Wenn man mal an die aktuellen Krisen und Probleme denkt, war das vergangene Jahr 2022 das schlimmste Jahr seit Langem.‘ Sehen Sie das auch so, oder halten Sie das für übertrieben?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Sehe das auch so	61
Halte das für übertrieben.....	28
Unentschieden	<u>11</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12065, Dezember 2022

Was die Menschen in Deutschland
vor allem beunruhigt

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGEN: "Finden Sie, dass die Verhältnisse in Deutschland heute Anlass zur Beunruhigung bieten, oder finden Sie das nicht?"

Falls „Ja, bieten Anlass zur Beunruhigung“:

„Und was ist es, das Sie vor allem beunruhigt?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Verhältnisse bieten Anlass zur Beunruhigung.....	73
Steigende Preise, Inflation, hohe Mieten.....	36
Der Krieg in der Ukraine	25
Die Energiekrise, Angst vor Versorgungsengpässen.....	10
Einwanderung, Ausländer, Integration	9
Gegenwärtige Politik, Wirrwarr in der Politik	9
Die Wirtschaftslage, der Wirtschaftsstandort	6
Klimawandel, Umweltkatastrophen	5
Kriminalität, Gewalt, Terror	5
Extremismus, politische Radikalisierung	4
Alles, die gesamt (Welt-)lage, die vielen Krisen	4
Soziale Ungerechtigkeit, Kluft zwischen Arm und Reich.....	4
Corona, die Pandemie	4
Gesundheitssystem, Probleme im Pflegebereich	3
Keine Zukunftsperspektiven, unsichere Lage	3
Spaltung der Gesellschaft, Lagerbildung	3
Sicherheit der Renten, Angst vor Rentenkürzungen.....	2
Egoismus, Rücksichtslosigkeit, Werteverfall	2
Dass der Krieg in der Ukraine eskaliert, 3. Weltkrieg.....	2
Arbeitslosigkeit.....	2
Defizite im Bildungsbereich, schlechtes Schulsystem	1
Hohe Steuerlast, Steuererhöhungen	1
Energiepolitik	1
Waffenlieferungen an die Ukraine	1
Grundrechtseinschränkungen, Demokratieverlust.....	1
Angst vor Stromausfall, Ausfall von kritischer Infrastruktur.....	1
Umweltzerstörung	1
Sonstiges	5
Keine Angabe	2
Verhältnisse bieten keinen Anlass	14
Weiß nicht, keine Angabe	<u>13</u>
	100

Ausblick

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf der Liste steht Verschiedenes, was uns andere über die aktuelle Situation und das kommende Jahr gesagt habe. Was davon würden auch Sie sagen?"

	Bevölkerung	
	insgesamt	von aktuellen Preissteigerungen (sehr) stark belastet
	%	%
Ich rechne damit, dass die Preise weiter steigen.....	72	78
Ich befürchte, dass es nächstes Jahr auf der Welt mindestens genauso gewalttätig weitergeht.....	68	70
Ich erwarte ein finanziell hartes Jahr 2023, wir werden den Gürtel enger schnallen müssen.....	63	75
Man muss dankbar dafür sein, dass es uns in Deutschland trotz der Krisen noch so gut geht.....	59	50
Das Gute an den aktuellen Krisen ist, dass uns in Deutschland mal wieder vor Augen geführt wurde, dass Freiheit und Wohlstand nicht selbstverständlich sind.....	57	50
Nach diesem anstrengenden Jahr freue ich mich auf ruhige Tage um Weihnachten, um dann gestärkt ins Neue Jahr zu gehen.....	44	43
Ich befürchte, dass sich meine wirtschaftliche Lage im kommenden Jahr deutlich verschlechtern wird.....	35	49
Deutschland wird aus den Krisen lernen und dann besser auf zukünftige Krisen vorbereitet sein.....	32	25
Ich vertraue darauf, dass die Regierung die Situation im Griff hat und die nötigen Maßnahmen ergreift.....	24	18
Alles in allem werden wir in Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen.....	14	11
Ich glaube, das nächste Jahr wird besser als das aktuelle. Wir haben das Schlimmste überstanden.....	14	10
Ich habe den Eindruck, dass wir als Gesellschaft durch die Krise enger zusammenrücken.....	10	8

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
Bundestagswahl							
26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. April	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0
3. - 17. Juni	27,0	8,0	23,0	22,0	4,5	10,0	5,5
8. - 21. Juli	27,5	7,0	22,0	22,0	5,0	11,0	5,5
5. - 18. August	29,0	8,0	19,5	21,0	5,0	12,0	5,5
1. - 14. September	30,0	7,0	20,0	19,0	5,5	13,0	5,5
1. - 13. Oktober	30,5	7,0	19,0	19,0	5,0	14,0	5,5
5. - 17. November	29,5	7,0	20,0	20,0	4,0	14,0	5,5
2. - 15. Dezember	30,0	7,5	22,0	18,0	4,5	12,0	6,0

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.035 Personen.

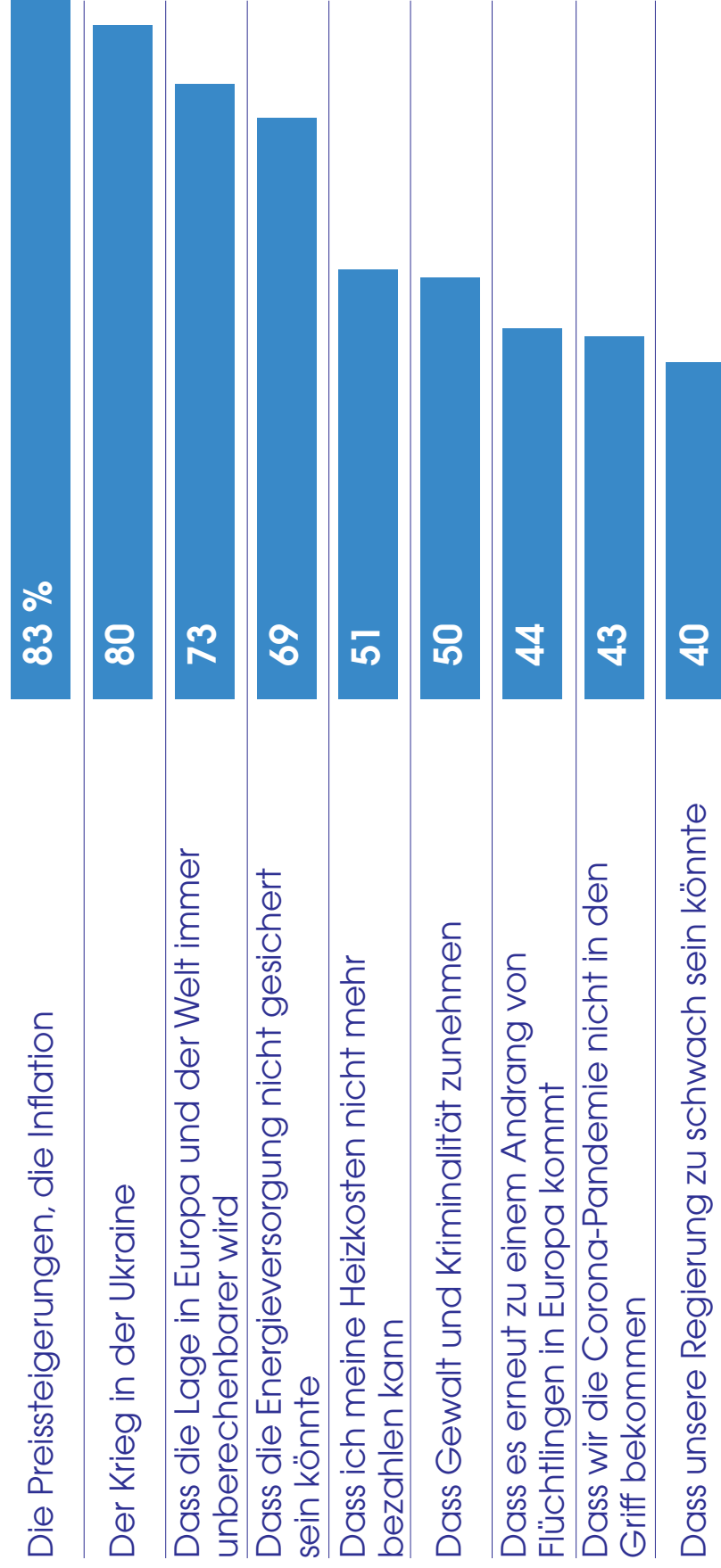
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

Schaubilder

Sorgen

Frage: "Es soll untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?"

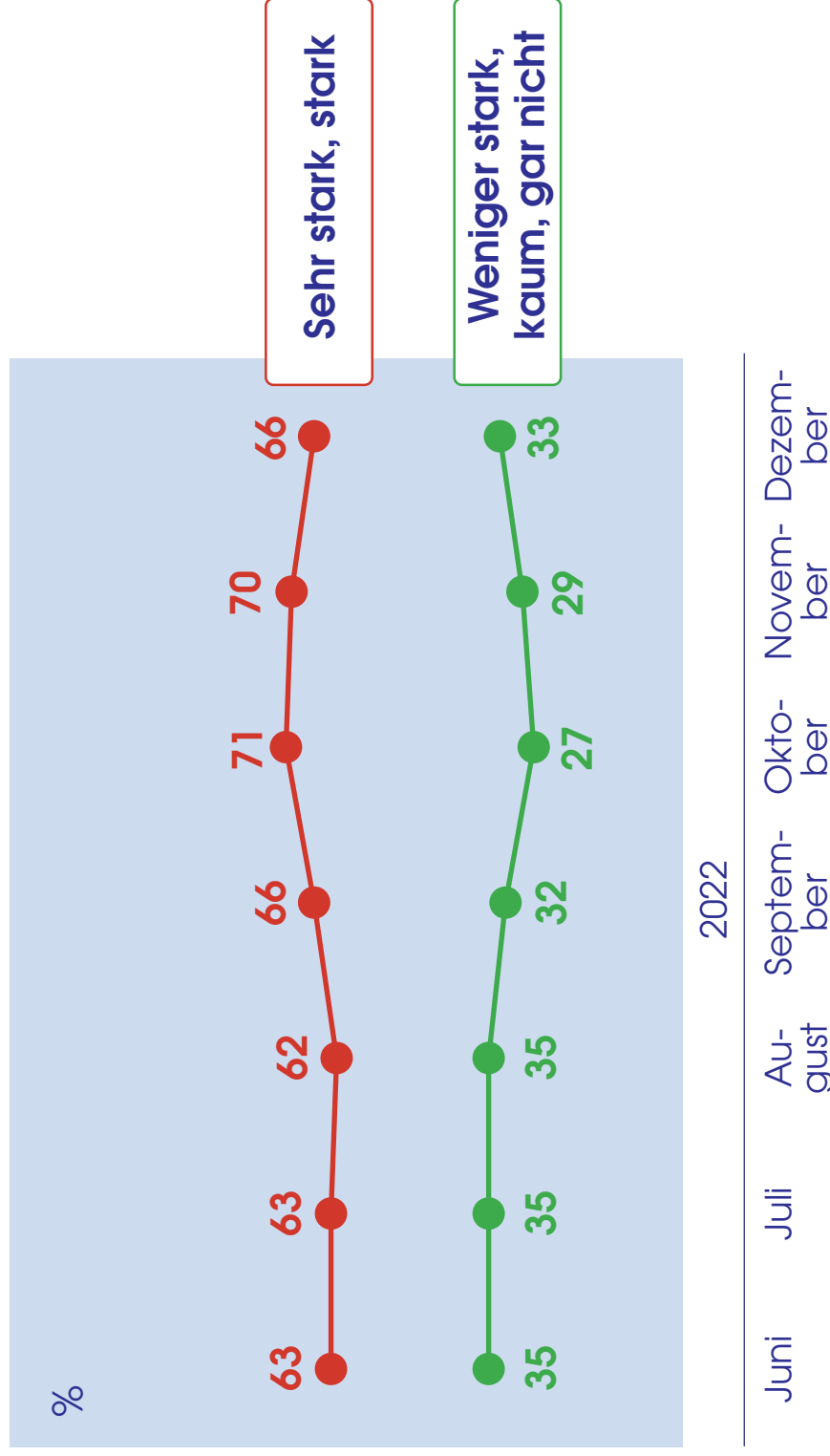
- Auszug -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058

Belastung durch die Preissteigerungen

Frage: "Die Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen?"

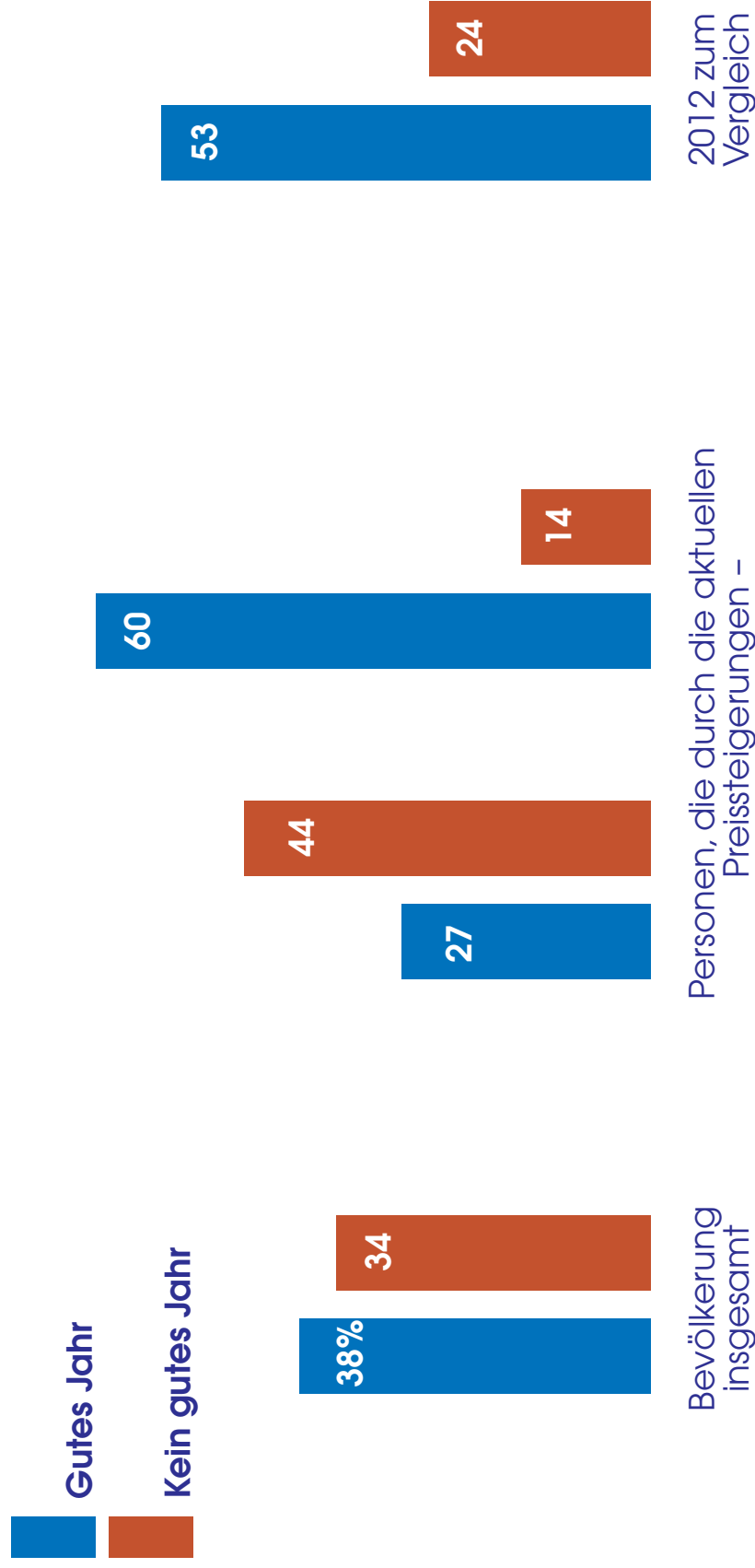


An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12065

Ein gutes Jahr?

Frage: "Würden Sie sagen, das vergangene Jahr 2022 (2012) war für Sie persönlich ein gutes Jahr, oder war 2022 (2012) für Sie kein gutes Jahr?"

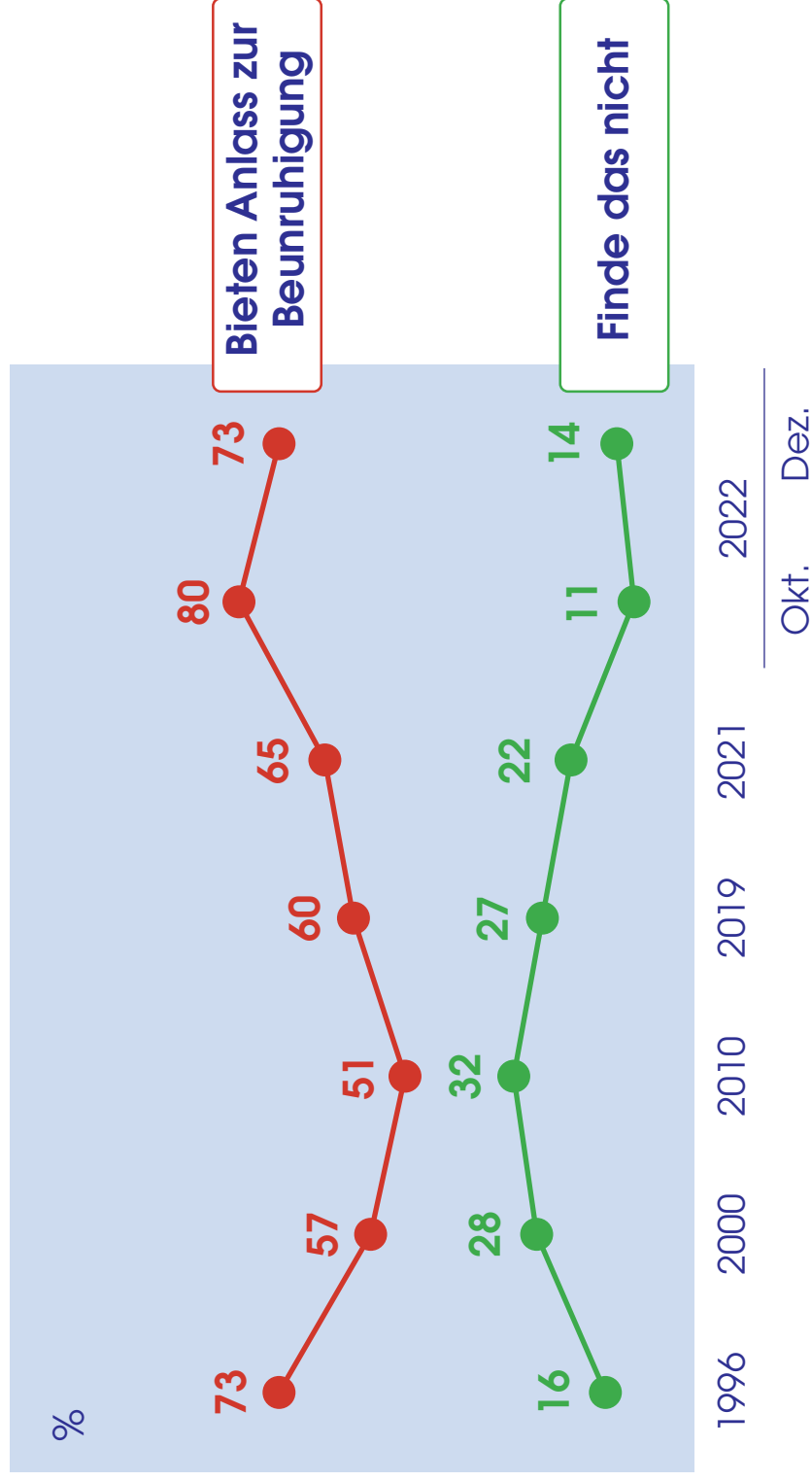


An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11002, 12065

Bieten die Verhältnisse Anlass zur Beunruhigung?

Frage: "Finden Sie, dass die Verhältnisse in Deutschland heute Anlass zur Beunruhigung bieten, oder finden Sie das nicht?"

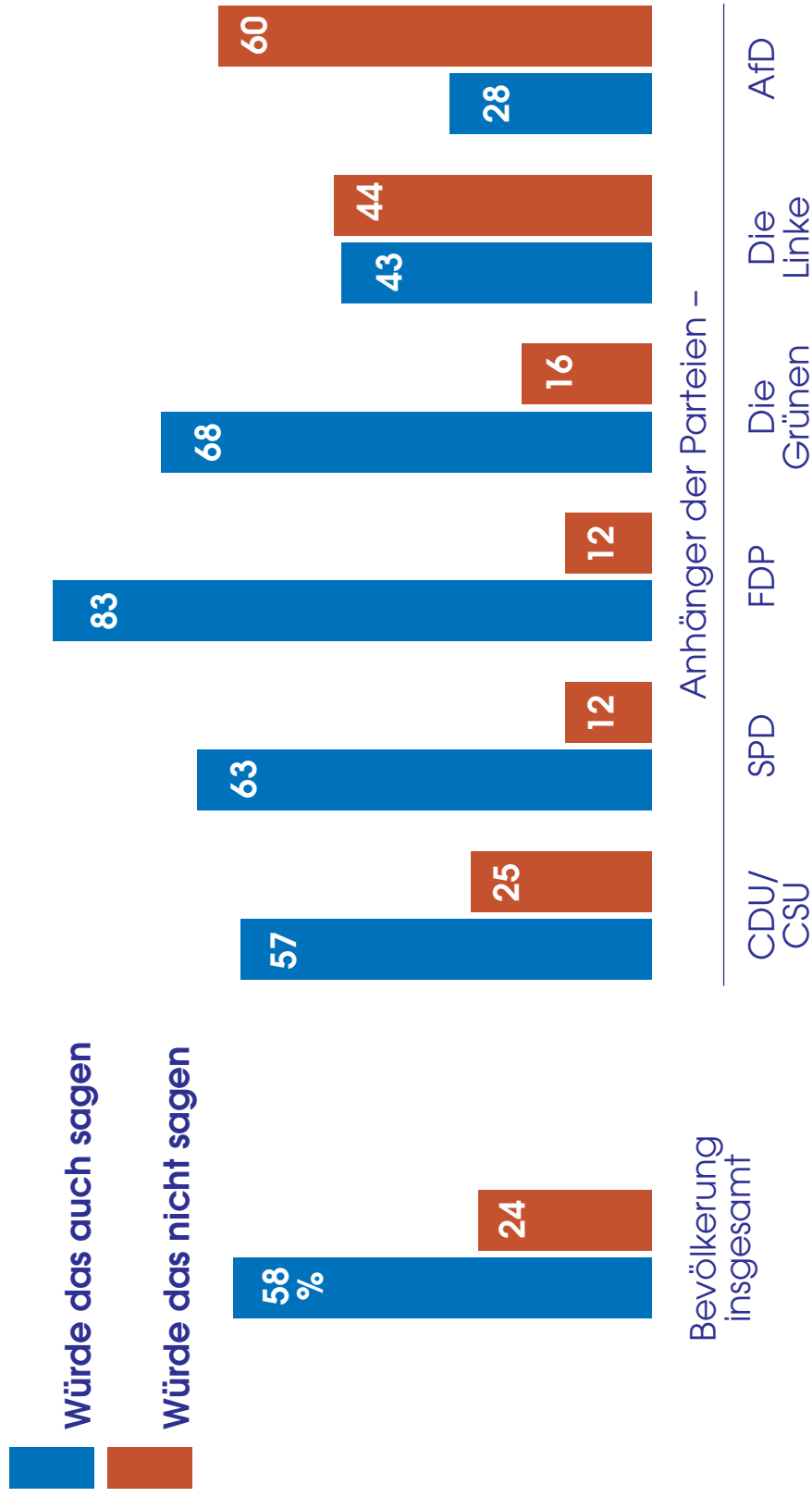


An 100 fehlende Prozent: weiß nicht, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12065

Wie Deutschland mit der Krise zurechtkommt

Frage: "Neulich sagte jemand: ‚Trotz aller Schwierigkeiten schlägt sich Deutschland inmitten der Krise doch recht gut.‘ Würden Sie das auch sagen, oder würden Sie das nicht sagen?"



An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12065

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 297
vom 21. Dezember 2022, S. 8, unter dem Titel:

"Ein Funken Hoffnung. Trotz Krieg und Inflation
scheint der Tiefpunkt der Stimmung überschritten.“

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Ein Funken Hoffnung

Vor einem Jahr, im Dezember 2021, war die Stimmung in Deutschland verhalten. Nach fast zwei Jahren dominierte noch immer das Thema Corona die öffentliche Diskussion. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wurden zum Jahresende wieder verschärft, zu Silvester wurde das Böllern verboten. Auch die Wirtschaftslage machte vielen Bürgern Sorgen: Die Inflationsrate war, wie das Statistische Bundesamt Anfang Januar 2022 bestätigte, im Dezember auf 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, der höchste Wert seit Langem. Im Jahresdurchschnitt lag sie bei 3,2 Prozent. Zuletzt war sie 1993 höher gewesen. Vor allem die Preise für Benzin und Gas hatten sich deutlich erhöht.

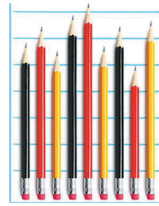
So war es nicht überraschend, dass viele Bürger mit Unbehagen ins neue Jahr schauten. Der Anteil derjenigen, die in der Dezember-Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach sagten, sie sähen dem kommenden Jahr mit Hoffnungen entgegen, lag bei 40 Prozent der Bevölkerung, gerade im Langzeitvergleich ein niedriger Wert.

Und doch schien sich die Lage allmählich zu normalisieren. Die Corona-Pandemie verlor trotz der akuten Infektionswelle langsam ihren Schrecken. Es gab Platz auch für andere Themen, etwa die neue Bundesregierung. Der Monatsartikel des Instituts für Demoskopie Allensbach in der F.A.Z. beschäftigte sich mit dem Thema Religiosität. Wohl nur die wenigsten hätten sich damals vorstellen können, dass nur ein paar Wochen später in Europa ein Krieg ausbrechen würde, dessen Folgen die Sorgen der Monate davor als vergleichsweise klein erscheinen lassen würden.

Bundeskanzler Scholz sprach nach Kriegsausbruch im Bundestag von einer „Zeitenwende“, und heute, zehn Monate später, ist deutlich erkennbar, dass die Bevölkerung das Jahr 2022 tatsächlich als Einschnitt empfindet. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsumfrage. So antworteten auf die Frage, ob sie dem Bundeskanzler zustimmen würden, ob sie auch sagen würden, „dass der Ukraine-Krieg in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende bedeutet“, 57 Prozent der Befragten, ihrer Ansicht nach bedeute der Krieg eine Zeitenwende. Nur 27 Prozent hielten die Bezeichnung für übertrieben. Zum Vergleich: Im Dezember 2001 hatten bei einer ähnlich formulierten Frage 41 Prozent die Anschläge vom 11. September des Jahres auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington als „Zeitenwende“ bezeichnet. Ebenso viele Befragte hatten ausdrücklich widersprochen.

Auf die konkrete Nachfrage, ob es im Verhältnis zu Russland eine Zeitenwende gegeben habe, antworteten in der aktuellen Umfrage sogar 67 Prozent der Befragten mit „Ja“. Dass es mit Blick auf die Energieversorgung eine Zeitenwende gibt, glauben 66 Prozent. Bei der Frage, ob es auch in Bezug auf die Ausstattung der Bundeswehr eine Zeitenwende gibt, zeigten sich die Befragten dagegen unsicher. 34 Prozent glaubten eine Zeitenwende zu erkennen, nahezu gleich viele (36 Prozent) verneinten dies. Ein auffällig hoher Anteil von 30 Prozent äußerte sich unentschieden. Wenn es um die allgemeine Einordnung der Situation geht, fällt das Urteil der Bevölkerung also recht eindeutig aus. Bei der Frage, ob die Regierung auch die konkreten Konsequenzen daraus zieht, dagegen nicht.

Der größte Anlass zur Sorge ist die Inflation. Bereits im August dieses Jahres hatten 83 Prozent der Befragten gesagt, dass sie sich deswegen große Sorgen machten. Eine Mehrheit von 51 Prozent sagte in derselben Umfrage, sie mache sich große Sorgen, dass sie ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen könne. Im Dezember sagten nun fast zwei Drittel, 66 Prozent, die Preissteigerungen belasteten sie sehr stark oder stark. In dieser Lage ist es nicht verwunderlich, dass die Jahresbilanz der Mehrheit negativ aus-



Trotz Krieg und Inflation scheint der Tiefpunkt der Stimmung überschritten.

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

fällt. 61 Prozent stimmten im Dezember 2022 der Aussage zu: „Wenn man mal an die aktuellen Krisen und Probleme denkt, war das vergangene Jahr 2022 das schlimmste Jahr seit langem.“ Nur 28 Prozent widersprachen.

Nur etwas weniger negativ fällt die persönliche Bilanz der Bürger aus. Auf die Frage „Würden Sie sagen, das vergangene Jahr 2022 war für Sie persönlich ein gutes Jahr, oder war 2022 für Sie kein gutes Jahr?“ antworteten immerhin 38 Prozent, für sie persönlich sei das Jahr gut gewesen. Fast gleich viele, 34 Prozent, sagten, das Jahr sei für sie nicht gut gewesen. Auch hier zeigt sich die Aussagekraft des Ergebnisses erst im Vergleich mit einem früheren Resultat: 2012, als die Frage in dieser Form zuletzt gestellt wurde, hatten 53 Prozent der Befragten angegeben, das vorangegangene Jahr 2012 sei für sie ein gutes Jahr gewesen.

Deutlich wird bei dieser Frage, welchen Anteil die Sorge vor der Inflation an der Gesamtstimmung hat: Befragte, die sagten, dass sie persönlich die Inflation weniger, kaum oder gar nicht belastete, gaben zu 60 Prozent an, dass dieses Jahr für sie ein gutes Jahr gewesen sei. Von denen, die die Inflation nach eigenen Angaben sehr stark oder stark belastet, gaben nur 27 Prozent diese Antwort.

Doch eben beim Thema Inflation zeigt sich auch, dass der Tiefpunkt der Stim-

mung im Land vielleicht inzwischen überschritten sein könnte. Im Oktober hatten noch 71 Prozent der Befragten angegeben, dass sie die Inflation sehr stark oder stark belastete, immerhin fünf Prozentpunkte mehr als aktuell.

Auch die Einschätzung der allgemeinen Lage scheint sich wieder ein wenig aufzuheben. Eine Frage lautete: „Finden Sie, dass die Verhältnisse in Deutschland heute Anlass zur Beunruhigung bieten, oder finden Sie das nicht?“ Zum ersten Mal wurde diese Frage 1996 gestellt. Damals fanden 73 Prozent der Bevölkerung, dass die Verhältnisse Anlass zur Beunruhigung böten. 2010 war der Wert auf 51 Prozent gesunken. Im Zuge der Corona-Krise stieg er 2021 auf 65 Prozent. Im Oktober dieses Jahres erreichte er dann mit 80 Prozent seinen bisherigen Höchststand. Aktuell ist er auf „nur“ noch 73 Prozent und damit ungefähr auf das Niveau von 1996 zurückgefallen.

Frägt man konkret nach, was es denn sei, was den Anlass zur Beunruhigung bietet, so nennen die Befragten in erster Linie die steigenden Preise. 36 Prozent gaben spontan – ohne dass ihnen Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgelegt worden waren – diesen Punkt an. An zweiter Stelle, spontan genannt von 25 Prozent, folgte der Krieg in der Ukraine. Danach folgten mit zehn bzw. neun Prozent die Angst um Engpässe in der Energieversorgung und das

Thema Einwanderung. Alle anderen Antworten spielten kaum eine Rolle. Auch Themen, die intensiv in den Medien diskutiert werden, wurden nur von wenigen Befragten genannt. So sagten gerade fünf Prozent, die Kriminalität sei der Grund für ihre Sorgen, ebenfalls fünf Prozent verwiesen auf den Klimawandel, vier Prozent auf das Thema politische Radikalisierung. An diesen Ergebnissen wird deutlich, wie weit viele Debatten in den Medien an den tatsächlichen Interessen und Sorgen der Bevölkerung vorbeilaufen.

Die Wahrnehmung der derzeitigen Krise scheint zwei Dimensionen zu haben: Zum einen ist sie, wie beschrieben, geprägt von der Sorge um den Frieden und die eigene finanzielle Lage. Doch damit geht anscheinend auch ein geschärftes Bewusstsein für den eigenen Wohlstand und den Wert einer freien Gesellschaft einher. 58 Prozent der Befragten stimmten im Dezember der Aussage zu: „Trotz aller Schwierigkeiten schlägt sich Deutschland inmitten der Krise doch recht gut.“ Nur 24 Prozent widersprachen. Dabei vertraten nicht nur die Anhänger der Regierungsparteien mehrheitlich diese Position, sondern auch die der CDU/CSU. Die Anhänger der Linken zeigten sich gespalten. Lediglich die AfD-Anhänger gaben mit einer klaren Mehrheit von 60 zu 28 Prozent zu Protokoll, dass sie nicht der Ansicht seien, dass sich Deutschland in der Krise gut schlage.

Bei einer anderen Frage wurden etwas längere Aussagen zur aktuellen Situation und zum kommenden Jahr vorgelegt, mit der Bitte, alle auszusuchen, denen man zustimmt. Hier wurden, passend zur allgemeinen Stimmung, pessimistische Aussagen am häufigsten ausgewählt: 72 Prozent sagten, sie rechneten damit, dass die Preise weiter steigen. 69 Prozent wählten den Punkt „Ich befürchte, dass es nächstes Jahr auf der Welt mindestens genauso gewalttätig weitergeht“ aus. 63 Prozent sagten „Ich erwarte ein finanziell hartes Jahr 2023, wir werden den Gürtel enger schnallen müssen“.

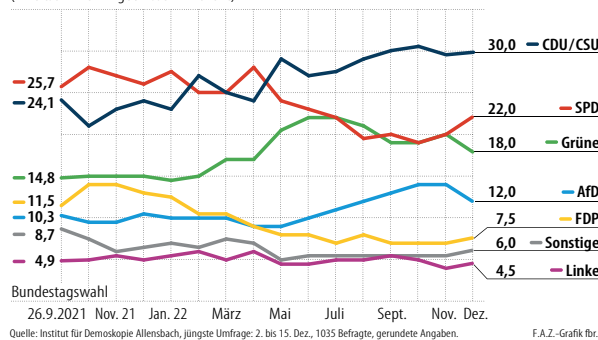
Doch große Zustimmung erhielten auch zwei Aussagen, die einen anderen Tonfall anstimmten: 57 Prozent der Befragten wählten den Punkt „Das Gute an den aktuellen Krisen ist, dass uns in Deutschland mal wieder vor Augen geführt wurde, dass Freiheit und Wohlstand nicht selbstverständlich sind“. 59 Prozent entschieden sich für die Aussage „Man muss dankbar dafür sein, dass es uns in Deutschland trotz der Krisen noch so gut geht“. Beiden Aussagen stimmte immerhin auch die Hälfte derjenigen zu, die sagten, dass sie selbst durch die Inflation sehr stark oder stark belastet seien.

Und die Zukunftshoffnungen? Im vorigen Jahr lagen sie, wie beschrieben, auf einem niedrigen, aber noch nicht ungewöhnlich niedrigem Niveau. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine fiel der Anteil derer, die sagten, sie sähen den folgenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen, auf 19 Prozent und damit auf einen historischen Tiefstand. Der bis dahin niedrigste Wert von 27 Prozent war Ende 1950 unter dem Eindruck des Koreakrieges gemessen worden. Im Oktober äußerten sich sogar nur 16 Prozent der Deutschen hoffnungsvoll. Doch schon einen Monat später, im November, machten immerhin schon wieder 30 Prozent diese Angabe. Das sind zwar immer noch deutlich weniger als vor einem Jahr, aber man bekommt den Eindruck, dass die Talsohle – zumindest psychologisch – durchschritten ist.

Die Sorgen sind dennoch nach wie vor groß. Die Inflation belastet den Alltag, die Kriegsängste sind nicht gewichen. Aber bisher sind die Heizungen nicht kalt geblieben, und der eine oder andere scheint zu dem Schluss zu kommen, dass er mit der Lage vielleicht doch etwas besser zurechtkommen wird als noch vor zwei, drei Monaten befürchtet. Es ist dunkel, dunkler als im vergangenen Jahr, aber am Horizont scheint sich für manche ein Silberstreif abzuzeichnen. Rechtzeitig zu Weihnachten ein Funken Hoffnung.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

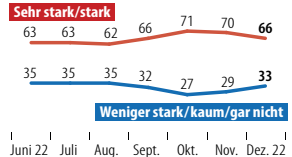


Die Deutschen stehen unter Belastung

Alle Angaben in Prozent

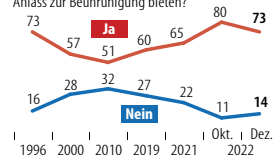
Belastung durch Preisanstieg

Wie sehr belasten Sie die Preissteigerungen?



Verhältnisse beunruhigen

Finden Sie, dass die Verhältnisse in Deutschland Anlass zur Beunruhigung bieten?



Durchwachsene Jahresbilanz

War das Jahr 2022 für Sie persönlich ein gutes Jahr, oder war es für Sie kein gutes Jahr?



Durch aktuelle Preissteigerungen...

...sehr stark/stark belastete Personen



Mehrfachnennungen möglich. Rest zu 100 Prozent; unentschieden.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Broker